

# KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für  
Rostock und den Landkreis Rostock

# DIE LINKE.

Nr. 236 - 25. Jahrgang

November 2018

Spendenbeitrag 80 Cent

## DAS BESTE FÜR ROSTOCK

**Auf einer Mitgliederversammlung hat die Rostocker LINKE am 26.10. ihren Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl am 26.5.2019 gekürt. 92 % der ca. 140 anwesenden Genoss\*innen stimmten für Steffen Bockhahn.**

Der Kandidat ließ in seiner Bewerbungsrede keinen Zweifel daran, dass er mit einem klaren politischen Profil in den Wahlkampf ziehen will. Ein linkes Profil. Rostock soll eine Stadt für alle sein, fordert Steffen. Mit Treffpunkten, die den sozialen Zusammenhalt in der Stadt befördern, ein Rostock ohne kaputte Gehwege, aber mit gepflegten Grünanlagen und wieder mehr Straßenlaternen. Eine Stadt mit mehr bezahlbaren Wohnungen, für die es schnellere Baugenehmigungen geben muss. Ein Rostock mit exzellenten öffentlichen Schulen, die nicht hinter Privatschulen zurückstehen. Ein linker OB würde die Pflege stärken – mit besseren ambulanten Strukturen, mehr Ausbildung,

mehr Kurzzeitpflege und einer besseren Heimaufsicht.

Ein OB Steffen Bockhahn würde auch die wirtschaftliche Entwicklung Rostocks nicht aus den Augen verlieren, er würde

aber auf die gute Bezahlung der Beschäftigten bestehen. Ob dass der FDP-CDU-Kandidat Claus Ruhe Madsen auch so sieht?

Steffen will ein weltoffenes Rostock, wird bei Protesten gegen Rechts in der ersten Reihe stehen und sich im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für ein Verbot von Nazidemos einsetzen.

Die Rostocker Genoss\*innen haben ihrem OB-Kandidaten mit einem sehr guten Wahlergebnis viel Rückenwind für den anstehenden Wahlkampf gegeben. Der Landesvorsitzende Torsten Koplin forderte sie auf, Steffen in den Wochen vor der Wahl jeden Tag mit Wortmeldungen den Rücken zu stärken. Dietmar Bartsch wies zu Recht darauf hin, dass ein Sieg für Steffen ein Zeichen für eine starke LINKE in ganz Mecklenburg-Vorpommern sein würde. Sein wird!

*Text: Carsten Penzlin; Fotos: Sven Thormann*



In Güstrow eröffneten Karen Larisch und Heidi Bluhm einen „Roten Salon“  
Mehr dazu auf Seite 3



Auf dem Landesparteitag wurde auf das Wahljahr 2019 eingestimmt  
Mehr dazu auf den Seiten 4-5



In Wolgast diskutierte DIE LINKE über zivile Alternativen für die Werfft  
Mehr dazu auf den Seiten 6-7

## In dieser Ausgabe

■ Seite 2: Buga Rostock  
■ Seite 3: Roter Salon  
■ Seite 4/5: Landesparteitag  
■ Seite 6/7: Konversion in Wolgast  
■ Seite 8: Jugendverband  
■ Seite 9: Sozianticket  
■ Seite 9: Hochschulpolitik

■ Seite 10: Aktionsplan Ost  
■ Seite 10/11: Aufklärung  
■ Seite 12: Wir und Russland  
■ Seite 13: Rotfeder  
■ Seite 14: Kurt Kaiser  
■ Seite 15: Termine  
■ Seite 16: Lichtenhagen 1992

Liebe Leserinnen und Leser, so langsam klingt das Jahr 2018 aus. Habt Ihr nicht auch den Eindruck, dass etwas fehlte? Bei der Aufstellung unseres Oberbürgermeister-Kandidaten wurde es mir erst richtig bewusst: 2018 war für uns in Rostock ein wahlkampffreies Jahr. Im Landkreis hatte man zumindest die Bürgermeisterwahl in Graal-Müritz. Aber in Rostock hieß es: Durchatmen! Kraft tanken für das Jahr 2019, für OB- und Kommunalwahl. Endlich wieder Plakate hängen, mit unseren Kandidaten fiebern, Wahlergebnisse analysieren.

Die Wahlergebnisse für unsere Genossen in Bayern und Hessen haben mich eher enttäuscht. Da wäre mehr drin gewesen, aber nicht nur CDU/CSU und SPD hatten keinen Rückenwind aus Berlin. In Rostock und im Landkreis geht DIE LINKE hingegen mit großer Geschlossenheit in das Wahljahr. Der Landesparteitag (Seiten 4 und 5) im schönen Grimmen hat unter Beweis gestellt, dass die Konzentration auf Sacharbeit höchst motivierend sein kann. Das

ist der Weg, der für unsere Partei auf allen Ebenen der einzig richtige sein kann und muss.

Die Friedens- und Konversionskonferenz in Wolgast kann hierfür als Musterbeispiel dienen. Deshalb berichten wir ausführlich (Seiten 6 und 7). Wenn die Medien unser Engagement ignorieren, ist es umso mehr unsere Aufgabe, die Botschaft nach draußen zu tragen: DIE LINKE meckert nicht nur, sie arbeitet konsequent an Alternativen, auch wenn es für viele Probleme nicht sofort eine überzeugende Lösung geben kann.

Seit einiger Zeit schreibt unser Bundestagsabgeordnete Dietmar Bartsch wöchentliche Kolumnen für seine Internet-Fangemeinde. Sie sind so lesenswert, dass wir gerne in dieser Ausgabe und in der Zukunft eine Auswahl abdrucken. Auch Leserbriefe sind jederzeit willkommen, das wisst Ihr ja.

**Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.**

## KLARTEXT online

### Rüstungsexporte einstellen – unfassbare Ignoranz der Großen Koalition

*Zur Ablehnung des Antrags der Linksfraktion „Humanitäre Katastrophe stoppen – Rüstungsexporte einstellen – Alternativen für den Werftstandort Wolgast entwickeln“ erklärt der friedenspolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter:*

„Seit fünf Jahren fordert die Linksfraktion die Landesregierung auf, im Interesse des Erhalts des Schiffbaus auf der Peene-Werft in Wolgast Alternativen zur Rüstungspro-

duktion zu entwickeln. Seit fünf Jahren reagiert die Große Koalition mit Ignoranz und wirft stattdessen der Linksfraktion vor, mit den Ängsten der Werftbeschäftigten zu spielen. Das ist eine ungeheuerliche und haltlose Unterstellung.

Der Aufruf des Europaparlaments, das sich ebenfalls für einen Ausfuhrstopp von Waffen ausgesprochen hat, aber auch die Reaktionen der Bundesregierung auf den Mord des regimekritischen Journalisten Khashoggi zeigen doch, auf welcher wackeligen Grundlage der Schiffbau in Wolgast steht. Es war die Bundesregierung, nicht die Linksfraktion, die einen Exportstopp verhängt hat. Dagegen ist es meine Fraktion, die zugleich Alternativen für den Standort Wolgast einfordert.

Es ist an Fahrlässigkeit nicht zu überbieten, dass die Schweriner Große Koalition den Vorschlag meiner Fraktion abschmettert, nun endlich gemeinsam mit dem Bund, dem Werfteigner, dem Betriebsrat, der IG Metall und der Stadt Wolgast in Form einer Konversionspartnerschaft über eine zukunftsfähigste und zivile Nutzung zu diskutieren. Trotz des tausendfachen Leids und des Mordes an Khashoggi könne man da nichts machen. Bemerkenswert ist, dass der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Krüger, der sich jüngst gegen die Lieferung der Patrouillenboote aussprach, der Debatte fern blieb und ihm seine ganze Fraktion in den Rücken gefallen ist.“

*Lest bitte auch die Seiten 6 bis 7!*

## DIE BUGA IN ROSTOCK

2025 soll die Bundesgartenschau (BUGA) in Rostock stattfinden. Die Fraktion der Partei DIE LINKE in der Rostocker Bürgerschaft stand diesem Projekt von Anfang an sehr skeptisch gegenüber. Gut ist: Mit der BUGA soll besonders der Stadthafen bis nach Gehlsdorf entwickelt werden. Auch gut: Die Nachnutzung steht im Mittelpunkt der Planung.

Aber: Löhnen sich die enorm hohen Ausgaben? Sicherlich benötigt das Ufer rund um die Warnow – als ein Aushängeschild unserer Stadt – eine Aufwertung. Rostock besteht aber nicht nur aus dem Warnowufer. Deswegen werden wir als LINKE genau hinschauen, wofür die rund 120 Millionen Euro, die die BUGA kosten soll, ausgegeben werden. Auch andere Investitionen sind dringend nötig. So kommen in den nächsten Jahren Ausgaben von rund 80 Millionen Euro für den Neubau von Feuerwachen in der Südstadt und im Nordosten der Stadt auf uns zu. Diese Vorhaben dürfen durch die BUGA genauso wenig gefährdet oder verzögert werden, wie die dringend notwendigen Renovierungen von Schulen, Kitas und Horteinrichtungen, sowie von Sporthallen und Sportplätzen.

Im Stadtteil Lütten Klein ist die Sporthalle in der Kopenhagener Straße ein wirklich marodes Gebäude. Auch das „Förderzentrum an der Danziger Straße“ benötigt dringend einen Ersatzbau, denn der Zustand des Lern- und Trainingsumfeldes beeinflusst auch das Wohlbefinden der Kinder und ihre Leistungen.

Alles in allem werden in den nächsten Jahren in diesem Bereich Kosten in Höhe von rund 90 Millionen Euro anfallen. Diese dringenden Ausgaben sollten wir keiner BUGA opfern.

Doch nicht genug, auch die Straßen, Gehwege und Beleuchtung sind wie etwa im Bereich südlich der Warnowallee desolat und bedürfen einer dringenden Instandsetzung. Wir als LINKE werden aufpassen, dass auch die Wohngebiete außerhalb der Innenstadt mit ihren Bedürfnissen und Problemen beachtet werden, trotz BUGA.

*Eva-Maria Kröger (Aus dem Lütten Kleiner Blättchen)*



## Im Jemen ist Krieg!

Und deutsche Waffen morden mit: Saudische Patrouillenboote aus deutscher Produktion sind an Seeblockaden beteiligt. Es reicht: Rüstungsexporte stoppen!

**DIE LINKE.**

[www.die-linke-mv.de](http://www.die-linke-mv.de)



# Willkommen im ROTEN SALON in Güstrow

Am 5. Oktober eröffnete der ROTE SALON nach monatelanger Vorbereitung in Güstrow. Doch was ist der Rote Salon überhaupt? Der Rote Salon ist der neue soziokulturelle Begegnungsraum in der Barlachstadt Güstrow. Betriebe wird der Salon von unserer Landtagsabgeordneten Karen Larisch und unserer Bundestagsabgeordneten Heidrun Bluhm. Der barrierefreie Salon befindet sich am Markt 34, direkt



unter der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN Landkreis Rostock. Der neue Raum steht für alle offen, die sich in lockerer Atmosphäre treffen wollen. Egal, ob Arbeitsgemeinschaft, Basisorganisation, Vorstände, Bürger\*inneninitiativen, Gewerkschafts- oder Jugendgruppen – hier haben alle

Platz! In regelmäßigen Abständen werden u.a. politische Frühschoppen organisiert werden, kleinere Ausstellungen gezeigt und weitere Veranstaltungen organisiert.

Im Laufe des Nachmittags kamen knapp 100 Menschen zur Eröffnung des neuen Salon. Bei Kaffee und Kuchen konnten sich alle die Räumlichkeiten anschauen. Zuvor waren mehr als tausend Flyer mit der Ankündigung der Eröffnung in die Briefkästen Güstrows verteilt worden, dutzende Einladungsbriefe verschickt und viele Telefonate geführt worden. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: der Raum war so voll, dass bis in die Abendstunden nicht alle Gäste gleichzeitig Platz hatten. Viele versammelten sich deshalb auch vor dem Raum und nutzen die Gelegenheit zum regen Austausch.

Gekommen waren schließlich nicht nur unsere Genoss\*innen, sondern auch Vertreter\*innen anderer Parteien, wie der SPD, den Bündnisgrünen und sogar der FDP. Der neue Begegnungsort sorgte für reges Interesse!

Nicht nur im Hinblick auf die kommenden Jahr bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlen ist es überlebensnotwendig, noch stärker als bisher in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. In den lokalen Presserzeugnissen tauchen unsere Partei und unsere Abgeordneten nur selten auf. Deshalb müssen wir den direkten Kontakt zu den Bürger\*innen suchen. Der Rote Salon mit seinem großen Schaufenster im Zentrum der Kreisstadt Güstrow wird dazu einen Beitrag leisten.

Ihr sucht einen Ort für eure Veranstaltungen, Sitzung usw.? Dann schreibt uns per Mail unter [wkb-larisch-guestrow@mail.de](mailto:wkb-larisch-guestrow@mail.de) oder unter [karen-larisch@t-online.de](mailto:karen-larisch@t-online.de).

*Nico Burmeister*

## Aus dem Kreisvorstand DIE LINKE. im Landkreis Rostock

### Am 18. Oktober 2018 tagte der Kreisvorstand im Landgasthof „Zur Mooreiche“ in Broderstorf.

Nach den Berichten aus den Gremien widmete sich der Kreisvorstand der Vorbereitung der Europa- und Kommunalwahlen im Jahr 2019. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Maßnahmen zur Kandidatenfindung für den Kreistag und die Kommunen. Ende



November wird es u.a. dazu zwei Beratungen mit den Vorsitzenden der Basisorganisationen geben. Diskutiert wurde über das Erscheinungsbild und die Anzahl der einzelnen Themenplakate, die dem Kreisvorstand zum ersten Mal vorlagen, sowie über den Einsatz von Kleinwerbmitteln.

Lutz Hänsel, unser Beauftragter für Politische Bildung, informierte uns über den Verlauf und das Ergebnis der Auftaktveranstaltung unseres Landesverbandes zur Politischen Bildung vom 13. Oktober diesen Jahres. Die Notwendigkeit Politischer Bildung für die Qualifizierung unserer Parteiarbeit ist unbestritten, die jeweiligen Formen wurden aber diskutiert und hinterfragt.

Der Kreisvorstand diskutierte und beschloss eine Konzeption über das Projekt „PARTEI – OFFEN“ für monatliche, öffentliche Veranstaltungen im gesamten Kreisgebiet. Dazu gehören Foren mit prominenten Gesprächspartnern ebenso, wie die stärkere Einbeziehung der Möglichkeiten von

Kunst und Kultur als Bindeglied. Ziel ist es, mehr als bisher mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen, sich ihrer Sorgen und Nöten anzunehmen.

Ausgewertet wurde eine Verteil-Aktion im Rahmen unserer Pflegekampagne am 12. Oktober vor dem Teterower DRK-Krankenhaus. Jeweils drei Mitglieder des Kreisvorstandes sowie der BO Teterow kamen dabei mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Einrichtung ins Gespräch. Das Echo des Personals war ausschließlich positiv, nur die Geschäftsführung verwies uns nach ca. einer Stunde des Klinikgeländes, so dass wir uns an der Zufahrt postieren mussten.

Beschlossen wurde der Entwurf unseres Finanzplanes für das Jahr 2019.

*Peter Hörnig, Vorsitzender DIE LINKE. Kreisverband Landkreis Rostock*

### Eine Viertelmillion für eine offene und freie Gesellschaft

Mehr als 240.000 Menschen haben am 13.10. in Berlin unter dem Motto »Solidarität statt Ausgrenzung – für eine offene und freie Gesellschaft« gegen rechte Hetze, Diskriminierung, das Flüchtlingssterben auf dem Mittelmeer und Kürzungen im Sozialsystem demonstriert. Die Linksfraktion im Bundestag hatte ebenfalls zu der Demo aufgerufen und war mit vielen Mitgliedern

und Mitarbeitern vertreten. Einen Tag vor der Bayernwahl setzten damit Hunderttausende gemeinsam ein eindrucksvolles Zeichen, „dass wir das Land nicht den Seehofers und Söders und schon gar nicht dem äußersten rechten Rand überlassen“, wie Dietmar Bartsch betonte. Mit seiner „Mutter aller Probleme“ habe der selbsternannte Heimatminister Seehofer 20 Millionen Deutsche, die eine Migrationsgeschichte haben, diskreditiert, so Bartsch. Der Linksfraktionschef weiter: „Die schrei-

enden Ungerechtigkeiten in dieser Welt – obszöner Reichtum auf der einen Seite und Kinderarmut auf der anderen – die Kriege in dieser Welt, sind das Problem. Seitdem Angela Merkel vor 13 Jahre Bundeskanzlerin wurde, hat jede ihrer Regierungen die Augen vor diesen Problemen verschlossen. Noch schlimmer: Jede Merkel-Regierung hat die Probleme verschärft – durch Steuergeschenke an Konzerne und Milliardäre, durch den Export deutsches Kriegswerkzeuge in alle Welt.“

# Landesparteitag in Grimmen

Der Landesparteitag vom 20. Oktober stand ganz im Zeichen der Kommunalpolitik und der anstehenden Kommunalwahl im Mai 2019. Dafür hatte man mit Grimmen den perfekten Ort gewählt, denn den dortigen LINKEN war es gelungen, Widerstand gegen den drohenden Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft zu mobilisieren. Links wirkt – nicht nur hier. Rostocks Senator Steffen Bockhahn konnte von Erfolgen linker Kommunalpolitik in der Hansestadt berichten – von der bevorstehenden Einführung des kostenlosen Schülerverkehrs bis hin zur Absicherung der Schulsozialarbeit an allen kommunalen Schulen. Torsten Koplin berichtete aus den Landkreisen und großen Städten von ähnlichen Erfolgen.

Kommunalpolitik war lange das Prunkstück unserer Partei, erklärte Dietmar Bartsch in seiner Rede und schob die Forderung hinterher, dieses Prunkstück wieder mehr zu putzen. DIE LINKE schneidet auch bei Landtags- und Bundestagswahlen dort besser ab, wo sie mit Mandaten kommunal verankert ist. In Bayern ist sie dies kaum, in Hessen sehr viel mehr. Das lässt sich dann auch an den Landtagswahlergebnissen ablesen.

Der Landesparteitag gab den Wahlkämpfern kommunalpolitische Leitlinien in die Hand, eine Art Bausatz für unsere Kommunalwahlprogramme. Die Debatte hierüber zeigte aber auch, dass es uns manchmal schwerfällt, die Sprache der Menschen zu sprechen. Wenn wir einen kostenlosen Nahverkehr fordern, warum gebrauchen wir dann Begriffe wie „entgeltlos“ und „fahrlos“? Positiv hervorgehoben wurde, dass die Leitlinien in einem langen demokratischen Prozess im Landesverband erarbeitet wurden. Ein besserer ÖPNV, bezahlbare Wohnungen und die Digitalisierung stehen im Mittelpunkt der Leitlinien. Wie kann es sein, dass junge Menschen nach M-V auf's Land ziehen, dann aber für schnelles Internet zu McDonald's fahren müssen, fragte unsere Co-Landesvorsitzende Wenke Brüdgam. Zum ÖPNV erklärte sie: „Wir brauchen einen gut ausgebauten und im Idealfall kostenlosen ÖPNV, damit unsere Kinder Kultur- und Sportangebote in der Freizeit nutzen können, ohne von ihren Eltern gefahren werden zu müssen, wir brauchen ihn, damit Menschen zur Arbeit fahren können und übrigens betrifft dies noch immer mehr Frauen als Männer, da sie seltener einen Führerschein besitzen und in Haushalten mit einem Pkw meist der Mann diesen nutzt. Wir brauchen ihn aber auch, damit die Älteren unserer Gesellschaft Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten aufsuchen können.“

Auf dem Parteitag wurden erste Ideen für den Kommunalwahlkampf vorgestellt, z.B. die Großflächenplakate. Hier dominiert die Farbe Schwarz, was bei einigen Delegierten auf deutliche Ablehnung stieß, weil sie damit negative Emotionen verbinden. Auch



die Motive für die A1-Plakate wurden von einer Rednerin scharf kritisiert. Davon unabhängig verkündete die Kreisvorsitzende von der Mecklenburgischen Seenplatte, dass sie in einigen Städten gar keine Plakate an die Straßenlaternen hängen würde. Das Wahlprogramm könne man auch

über Flyer an die Menschen bringen, das eingesparte Geld würde man für soziale Zwecke spenden. Keine schlechte Idee, denkt man. Für Rostock müssen wir aber im Hinterkopf haben, dass wir wegen der vielen Werbeverweigerer nur in die Hälfte der Haushalte Flyer gesteckt bekommen. Plakate sind also für uns unverzichtbar.

Scharf kritisierte Simone Oldenburg die Landesregierung. Diese sei bestenfalls körperlich anwesend. Für die Bildungsministerin Birgit Hesse hat sie nur Spott übrig: Der Seiteneinstieg in einen Beruf, von dem man keine Ahnung habe, hätte katastrophale Konsequenzen nach sich gezogen. Stolz berichtete Simone, dass unsere Fraktion die Oppositionsführerschaft übernommen habe. Davon zeugen 779 kleine Anfragen, 118 Änderungsanträge, 9 Gesetzesinitiativen, usw. Fast alles wird von der Groko abgelehnt, einiges dann aber klammheimlich übernommen. In der Opposition, so Simone, habe die Linksfraktion mit ihren elf Abgeordneten mehr erreicht als manche Regierung: Einrichtung eines NSU-Untersuchungsausschusses, Übernahme der Forderung nach Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz, Kooperation statt Zwangsfusion bei den Theatern im Land, usw. Erfolgreich habe man sich für die Weiterbeschäftigung der Nordkurier-Zusteller eingesetzt und die von Kündigung betroffenen Angestellten des Lila-Bäckers unterstützt (übrigens ein Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit mit Gewerkschaften).

Alles super also? Dietmar Bartsch wies darauf hin, dass DIE LINKE im Bund nicht von der Schwäche der SPD profitiert. An unseren Inhalten könne es nicht liegen, meint Dietmar, die Gründe für die Stagnation in den Umfragen liege vor allem in der quälenden Selbstbeschäftigung unserer Partei. „Wenn wir das nicht verändern, werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht.“ Auch die ehemalige Abgeordnete Barbara Borchardt befürchtet, dass DIE LINKE die Chance, die sie in der BRD bekommen habe, verspiele.

Auf dem Landesparteitag blieb Streit zum Glück aus. Das war nach den Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit so nicht zu erwarten gewesen. Die neuen Regelungen zur Berufung des Landesgeschäftsführers wurden aber sachlich diskutiert und schließlich mit großer Mehrheit beschlossen. Auch die kommunalpolitischen Leitlinien wurden mit nur einer Gegenstimme verabschiedet.

Erwähnung finden sollte auch der Auftritt von Daniela Filter und Lutz Hänsel, die die Arbeit der neugegründeten Kommis-



sion des Landesverbandes für politische Bildung vorstellten. In der Zukunft soll es zahlreiche Bildungsangebote geben, die hoffentlich auf ein reges Interesse stoßen werden. Die LAG forum demokratischer sozialismus forderte in einem Antrag die Einrichtung einer digitalen Arbeits- und Kommunikationsplattform in unserem Landesverband. Damit sollen die Beteiligungsmöglichkeiten der Genoss\*innen gestärkt werden. Vielleicht könnte diese Plattform ja auch zur politischen Bildung genutzt werden.

Zum Abschluss der Parteitagess verabschiedeten die Delegierten noch eine Resolution, die das NATO-Manöver in Norwe-

gen verurteilte sowie einen Dringlichkeitsantrag des Jugendverbandes: „Der Landes-



parteitag kritisiert die Entscheidung des Bauhauses Dessau, die Band Feine Sahne Fischfilet nicht in ihren Räumen auftreten zu lassen. Wir fordern das Bauhaus auf, seine Entscheidung zu revidieren.“ Das Bauhaus war vor dem Druck von Rechtsextremen und CDU eingeknickt, was schon angesichts der Verfolgung unter dem Nationalsozialismus völlig unverständlich ist. Übrigens hatten einige Delegierte Grimmen schon frühzeitig verlassen, um in Rostock gemeinsam mit 2500 Menschen gegen den AfD-Aufmarsch am Rathaus zu demonstrieren. Ein richtiges Zeichen in dieser schwierigen Zeit!

Text: Carsten Penzlin, Fotos: DIE LINKE.MV

## Aus dem Landtag

### Pakt für Sicherheit wird zur Lachnummer

Zur Antwort der Landesregierung auf ihre Kleine Anfrage „Personalsituation in den Gerichten 2017“ (Drs. 7/2697) erklärt die rechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jacqueline Bernhardt:

„Die Personalsituation in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist nach wie vor sehr angespannt. Während sich die Lage in der ordentlichen Gerichtsbarkeit scheinbar entspannt hat und die Sozialgerichtsbarkeit mit dem Bestandsabbau beschäftigt ist, waren die Verwaltungsgerichte im letzten Jahr mit insgesamt 15 Richtern zu gering ausgestattet.

Hinzu kommt ein Personaldefizit bei den Staatsanwaltschaften, das im vergangenen Jahr bei 26 Stellen lag (Drs. 7/2354). Summa summarum liegt der Gesamtbedarf bei Richtern und Staatsanwälten bei 41 Stellen. Es wird zunehmend deutlich, dass die im ‚Pakt für Sicherheit‘ der Landesregierung zugesicherten 23 zusätzlichen Stellen für Richter und Staatsanwälte bei weitem nicht ausreichen – es sind gerade mal gut die Hälfte der erforderlichen Stellen.

SPD und CDU feiern sich für etwas, was ohnehin Pflichtaufgabe ist, die dann auch nur zur Hälfte erledigt wird. Hier muss in den Beratungen zum Nachtragshaushalt dringend nachgebessert werden.“

### Arbeitslosigkeit sinkt – Dauer der Langzeitarbeitslosigkeit steigt

Zu den aktuellen Arbeitsmarktzahlen für den Monat Oktober erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Linksfraktion, Henning Foerster:

„Die Arbeitslosigkeit sinkt bundesweit und auch in M-V. Ursächlich dafür sind die anhaltend gute Konjunktur, die rasanten Zunahme von Teilzeitbeschäftigung, die

Möglichkeit der Frühverrentung und die demografische Entwicklung.

Allen Rekordmeldungen zum Trotz bleibt die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit eine große Herausforderung. Denn während die durchschnittliche Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld in den letzten Jahren abnahm, stieg die Dauer des Hartz-IV-Bezugs seit 2010 von 358 auf heute



565 Tage.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen, die fünf Jahre und länger arbeitslos sind, hat sich seit 2012 fast verdoppelt. Vier Jahre und länger arbeitslos sind in M-V aktuell 4802 Frauen und Männer. Tatsächlich sind es jedoch noch viel mehr, denn Menschen, die an einer Maßnahme wie einem 1-Euro-Job teilnehmen, fallen aus der Statistik. So ist die wahre Betroffenheit deutlich höher. Gab es im Oktober nach offizieller Lesart lediglich 21 000 Langzeitarbeitslose, waren es tatsächlich mehr als 40 000.

Arbeitsminister Harry Glawe ist daher weiterhin gefordert und muss gemeinsam mit den Jobcentern ein Landeskonzept entwickeln, das darauf ausgerichtet ist, auch langzeitarbeitslosen Menschen wieder eine Perspektive zu eröffnen. Dabei darf er sich nicht auf sein Engagement in Sachen Bürgerarbeit zurückziehen. Von den in Aussicht gestellten 700 Förderfällen sind aktuell erst 230 realisiert, es gibt also noch reichlich Luft nach oben. Dies liegt vor allem auch an der Zurückhaltung von Kommunen und gemeinnützigen Trägern, die vielfach nicht in der Lage sind, den notwendigen Eigenanteil an den Personalkosten zu schultern.“

### Sexuellen Missbrauch in der Katholischen Kirche rückhaltlos aufklären

Zum Antrag „Missbrauchsoffer unterstützen – Missbrauch in der Katholischen Kirche rückhaltlos aufklären und Verjährungsfristen ausweiten“ erklären der kirchenpolitische Sprecher der Linksfraktion,

Dr. Wolfgang Weiß, und die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, Jacqueline Bernhardt:

Bernhardt: „Meine Fraktion begrüßt den Willen der Katholischen Kirche in Mecklenburg und Vorpommern, tatsächlich aufklären zu wollen und dabei auch die Opfer mit einzubeziehen. Das unterscheidet unsere beiden Bistümer offenbar von anderen.

Es muss alles getan, damit das Geschehene ohne Wenn und Aber aufgeklärt und künftiges Leid verhindert wird. Das fordern die anderen Fraktionen auch, SPD und CDU lehnten dennoch die Überweisung unseres Antrags in den Rechts- und in den Sozialausschuss ab. Das ist scheinheilig. Meine Fraktion wird das Thema in den Ausschüssen auf die Tagesordnung setzen.“

Weiß: „Meine Fraktion schätzt die soziale, karitative und friedensstiftende Arbeit der Katholischen Kirche auch in M-V durch die vielen hauptamtlich und noch mehr ehrenamtlich Engagierten. Aber die Missbrauchsfälle müssen rückhaltlos aufgeklärt werden – und zwar bundesweit in allen Bistümern. Der Missbrauch in dieser Dimension ist offenbar ein Problem des geschlossenen Systems Katholische Kirche.

Den Opfern und ihren Familien muss die notwendige Hilfe gewährt und noch nicht verjährte Straftaten entsprechend geahndet werden. Zu diesem Prozess gehört für uns auch, dass Opfer das Recht auf Akteneinsicht haben. Vor allem die Katholische Kirche, aber auch Staat und die gesamte Gesellschaft sind gefordert.“

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)

# Friedenspolitik und Konversion - Konferenz in Wolgast

**Der Landesvorstand DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern hatte am 6. Oktober nach Wolgast eingeladen, um gemeinsam mit erfahrenen Referenten über die Möglichkeiten von Konversion zu sprechen.**

Was ist Konversion? Die Umwandlung militärischer Produktion (Rüstungsgüter) oder militärischer Nutzung in zivile Alternativen. Doch wie sehen eben diese Alternativen existenzsichernder Arbeit aus, wenn aus der Produktion waffenfähigen Materials oder Waffen eine langfristige zivile Perspektive entwickelt werden soll? Welche Erfahrungen mit Konversion gibt es? Wie können wir in der Praxis unserer Verantwortung als internationalistische Friedenspartei gerecht werden? Die Veranstaltung fand in Wolgast statt, weil vor Ort in der Peene-Werft Boote gebaut werden, die zu einer Flotte bewaffneter Patrouillenboote gehören. Eben diese Boote werden nach Saudi-Arabien exportiert. Saudi-Arabien setzt, die in Wolgast gebauten Boote mutmaßlich im Krieg gegen seinen Nachbarn Jemen ein. Die Seeblockade Saudi-Arabiens gegenüber dem Jemen sorgt für großes Leid der Jemeniten. Die Boote aus Wolgast werden zur Aufrechterhaltung jener Seeblockade eingesetzt.

## **Konversion ist unsere Aufgabe!**

Der Co-Landesvorsitzende Torsten Koplin eröffnete die Diskussion und betonte unsere Rolle als LINKE, Antworten zu geben auf aktuelle Herausforderungen der Konversion, handhabbare Lösungen anzubieten. Wer den Frieden will, muss vor der eigenen Haustür anfangen. Armeestandorte zu schließen, Rüstungsbetriebe umzustellen, solche Prozesse rühren die Einwohner und Mitarbeiter auf. Trotzdem müssen wir als LINKE handeln und Alternativen entwickeln.

Unser Landtagsabgeordneter Peter Ritter, seit vielen Jahren Experte für Konversion und Friedenspolitik, sprach über den Bau der Boote in Wolgast und über einen notwendigen kritischen Umgang. Die Bundesregierung habe angeblich keine Erkenntnisse über die Rolle jener Boote, schildert Peter Ritter. Die Bundesregierung nehme sich somit aus der Verantwortung und dies zeige erneut, wie verantwortungslos die Rüstungspolitik des Bundes ist. „Wie naiv kann man sein“, fragt Ritter. Saudi-Arabien zu vertrauen und zu glauben, die Boote würden nicht genutzt, um Menschenrechte zu verletzen. Was muss im Jemen denn noch passieren?

Konversion ist Kompensation! Konversionspolitik ist Wirtschafts- und Strukturpolitik, so Ritter. Die betroffenen Stand-

orte und Kommunen brauchen Hilfe, die Lasten der Konversion zu schultern. Wie das funktionieren kann, ist eine wesentliche Frage für uns. Erfolgreiche Prozesse haben bereits stattgefunden, da wollen wir anknüpfen. Kreativität, ein langer Atem, zuverlässige Förderungen und eine dauerhafte Zusammenarbeit sind notwendig, um hierzulande erfolgreich Konversion zu betreiben. Neue Märkte, neue Aufträge sind gefragt, denn ohne wirtschaftliche Optionen kann Konversion nicht gelingen. Am Ende stellt Ritter fest: Wer behauptet, es gäbe keine Alternativen, lügt oder leidet unter politischer Faulheit.



## **Wasser im Wein? Erfahrungen aus der Praxis**

Dr. Peter Wilke, ehemaliger Friedensforscher und nun Berater für Unternehmen, die sich neu strukturieren wollen, sprach über die Praxis von Konversion: „Ich muss gleich zu Beginn Wasser in den Wein schütten. Meine Frage lautet: Was ist tatsächlich machbar? Vieles ist möglich, aber nur, wenn man viele Ressourcen hat und Eigentumsverhältnisse ändern kann.“

Wilke stellt fest, dass Standortkonversion fast überall gelungen ist. Doch für industrielle Konversion im großen Stil gibt es keine überzeugenden Beispiele. Hier gäbe es objektive Gründe: Dieselben Menschen sollen an demselben Standort arbeiten, aber statt einer militärischen Produktion soll eine zivile stattfinden? Eine 1:1-Umstellung ist ohne Verluste und Reibungen nicht möglich. Dies zeigen Erfahrungen. Gewinnverluste gehören dazu, da im militärischen Bereich bedauerlicherweise viel Geld verdient wird und bei einer Umstellung Gewinne verloren gehen. Trotzdem das Personal zu halten, ist extrem schwierig. Zudem hat der Unternehmer selbst auch seine Gewinne im Blick und lässt sich nur schwer überzeugen, dass er mit neuen, zivilen Produkten Geld verdienen kann. Plausible Alternativen sind in der Praxis selten.

Wilke spricht auch über die aktuellen Probleme in der Rüstungsbranche: Die Bundesregierung will zwar mehr Geld für Rüstung ausgeben, doch ein Großteil wird für Personal und Instandhaltung aufgewendet. Der steigende Beschaffungsetat wird nicht ausreichen, denn die Rüstungsindustrie steht unter dem Druck, Kapazitäten abzubauen. Sie wird europäisiert, sie sucht eine gemeinsame Basis, eine unternehmerische Zukunft. Die Verringerung der Rüstungsindustrie wurde in der Vergangenheit nicht mit Konversion vorgenommen, sondern schlichtweg mit der Schließung von Standorten. Der Markt wird es regeln?

Nein, die Beschäftigten mussten die Folgen tragen.

Volkswirtschaftlich spielt die Rüstungsindustrie in Deutschland keine Rolle mehr. Regional sieht das natürlich anders aus, beispielsweise in Wolgast. Dort kann ein Betrieb eine wesentliche Größe auf dem Arbeitsmarkt sein. Wie kann also ein vernünftiger Übergang gestaltet werden?

Die meisten Unternehmen sind diversifiziert, betreiben also auch andere, nicht-militärisch ausgerichtete Geschäftsfelder. Etwas anderes bleibt ihnen auch heutzutage gar nicht mehr übrig. Trotzdem fällt es diesen Unternehmen schwer, intern umzustellen. Warum? Die betrieblichen Kostenstrukturen sind sehr hoch, die Qualitätsansprüche und Sicherheitsanforderungen ebenfalls. Es wird viel hoch qualifiziertes, gut bezahltes Personal eingesetzt, auch zur Kontrolle und Qualitätssicherung. Drittens, der Vertrieb richtet sich nur auf sehr wenige Kunden aus. Kurz um: Kosten, Personal, Betrieb – ohne Verluste kann Konversion nicht erfolgen. Die bisherigen Versuche der Bundesregierung, mit Fördermitteln zu helfen, waren kläglich und bei weitem nicht ausreichend.

Doch es gibt auch positive Beispiele: Die ehemalige Panzerproduktion in Kiel hatte bereits in den 70er Jahren begonnen,



Perspektiven zu entwickeln. Lokomotiven statt Panzer! In den 90er Jahren gelang es umzustellen und heute gibt es sogar noch neue Chancen für den Standort in Kiel.

Dr. Wilke zieht sein Fazit: Eine langjährige Diversifikation, also eine Ausweitung der Produktion und des Sortimentes, ist der einzige Weg. Zukunftsfelder müssen parallel aufgebaut, Pilotprojekte initiiert werden. Transport, Energieversorgung, autonome Systeme für Tiefseearbeiten, der Bau von Yachten o.ä. – am Anfang steht immer die betriebliche Bereitschaft, umzustellen. Vorhandene Erfahrungen müssen gebündelt und in neue Projekte investiert werden. Wo liegen die Stärken und Schwächen des Unternehmens? Am Ende steht die Berechnung der Wirtschaftlichkeit und der sich daraus ergebende Förderbedarf. Wäre das Land M-V überhaupt in der Lage, hier finanziell zu helfen? Dreistellige Mil-

### Ein Podium, eine Meinung?

Es folgte eine Podiumsdiskussion. Lars Bergemann, Genosse und Mitglied in der Stadtvertretung vor Ort, stellte zu Beginn fest, dass der Weg der Konversion ein langer und schwieriger Prozess ist. Den Leuten auf der Werft ist vor allem wichtig, in der Region bleiben zu können und ihre Familien zu versorgen. Welchen Anstrich die Schiffe haben, sei ihnen egal. Es geht um Arbeit und Wertschöpfung vor Ort. Man müsse den politischen Populismus aus der Debatte nehmen und sich darauf konzentrieren, welche Schiffe gebaut werden, so Lars Bergemann. Das könnten wir als LINKE nicht entscheiden, dies müsse der Markt regeln. Den Widerspruch diesbezüglich zur Partei halte er aus.

Torsten Koplin betonte erneut die Umstellung auf eine zivile Produktion und fragte unser anwesendes Europaabgeordnete

Dr. Lünen spricht nochmals über Potentiale der zivilen Nutzung. Die Nutzung dieser Potentiale muss mit den Unternehmen gemeinsam entwickelt werden. Forschung, moderne Antriebssysteme usw. kosten Geld und solche Investitionen gehen Unternehmen eben nicht immer alleine an. Am Ende des Tages steht die Frage nach einem Kunden, der die Rechnungen bezahlt. Ein anderes Thema ist das Heben von Rohstoffen aus den Weltmeeren. Unsere umweltpolitischen Ansprüche stehen diesen wirtschaftlichen Interessen entgegen, Unternehmen im Ausland haben an dieser Stelle leider Vorteile.

Dr. Wilke glaubt, eine radikale Umstellung funktioniert nicht, aber mit einem langen Anlauf kann es gehen. Die Werften haben Chancen, denn der maritime Bereich wächst. Forschung und Innovation sind Voraussetzungen, diese müssen umfangreicher gefördert werden. Kommunikation ist der Anfang. Mit der IG Metall können Workshops organisiert werden, die die Zukunft der Produktion in den Blick nehmen. Betriebsräte und Initiativen vor Ort können sich einbringen. Trotzdem bleibt immer die Herausforderung, wirtschaftliche Kennzahlen zu beachten. Mit Blick auf einen europäischen Weg, muss man nüchtern feststellen, dass alle unsere europäischen Nachbarn leider viel lockerer mit Exportrestriktionen umgehen.

Helmut Scholz fragt dabei kritisch nach, warum die Sicht des Unternehmens immer vorangestellt wird. Die Politik muss Position beziehen und den Weg vorgeben. Gesellschaftliche Diskussionen in den Mitgliedstaaten sind von Nöten, nur dann entstehen politische Handlungen. Scholz fragt auch, ob die Meere als Quellen von Wirtschaftswachstum nicht zuallererst als Lebensraum und schätzenswertes Gut behandelt werden sollten. Regionale Produktion ist das A und O, um die Ziele der Nachhaltigkeit zu erfüllen.

Anschließend konnten sich die Zuschauer einmischen und diskutierten fleißig mit.

### Ein Fazit

„Solange Rüstungsgüter hergestellt werden, werden sie auch eingesetzt“, so die Co-Landesvorsitzende Wenke Brüdgam. „Als LINKE vertreten wir eine konsequente und absolute friedenspolitische Haltung. Militärische Produktionen und Nutzungen in zivile umzuwandeln, ist unsere Aufgabe. Dieser Weg ist nicht leicht, nimmt Zeit in Anspruch und kostet viel Geld. Konflikte vor Ort entstehen, Eigentumsfragen müssen gestellt werden, Verluste sind auszugleichen. Am Ende geht es um Menschen. Die Mitarbeiter von Rüstungsbetrieben verdienen Perspektiven, die Menschen in Krisen- und Kriegsgebieten verdienen ein friedliches Leben in Würde“, beschließt die Landesvorsitzende die Konversions- und Friedenskonferenz.

Eva-Maria Kröger



lionenbeträge, wenn nicht gar 1 Milliarde Euro wären von Nöten, schätzt Dr. Wilke.

Dr. Reinhard Lünen, Hauptgeschäftsführer des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik, referierte über den Schiffbau und dessen Entwicklung in Deutschland. Konversion und Alternativen im Schiffbau? Ja! Aber Reibungsverluste sind vorhanden, Konversion laufe auch aus seiner Sicht nicht ohne Schwierigkeiten ab.

71 Prozent unseres Planeten sind mit Wasser bedeckt, stellt Dr. Lünen zu Beginn eindrücklich fest. Die maritime Industrie ist ein Wirtschaftszweig der Zukunft. Die Branche selbst hat sich enorm verändert. In Deutschland werden fast nur noch Passagierschiffe gebaut. Diese Spezialisierung ist Folge eines vorausschauenden Unternehmertums, so Dr. Lünen. Die Zahl der Beschäftigten ist zwar geringer geworden, aber die nachgelagerte Wertschöpfungskette ist anders als früher und dort, in der Zulieferindustrie, sind zahlreiche Arbeitsplätze entstanden. Wir brauchen europäische Lösungen, auch im Bereich des Schiffbaus und somit im Bereich der maritimen Industrie. Hier entstehen Chancen für Unternehmen, die von militärischer Produktion in zivile umstellen wollen.

ten Helmut Scholz, ob Konversion auch ein Thema auf europäischer Ebene sei. Scholz stellt fest, dass im Europäischen Parlament nicht direkt über Konversion gesprochen wird. Jedoch seien die wirtschaftlichen Prozesse und Förderungen relevant. Die Rechnungen für unsere politischen Alternativen, auch im Bereich der Konversion, müssen natürlich auch auf europäischer Ebene betrachtet werden. Momentan wird leider aufgerüstet, statt abgerüstet. Er erinnert daran: Wer militärische Güter produziert, muss mit deren Einsatz rechnen. Helmut Scholz beschreibt die aktuelle internationale Lage und regt an, dass Konversion mit Europa verbunden werden muss.

Peter Ritter macht klar: Mutlosigkeit ist keine Antwort. Ihm ist nicht egal, welche Schiffe in Wolgast gebaut werden. Viele Beispiele zeigen, dass es im Schiffbau Perspektiven gibt. Begleitend müssen zivile Standbeine aufgestellt werden im Bereich der maritimen Industrie. Natürlich geht dies nur gemeinsam mit den Werfteignern, deshalb benötigt man eine Konversionspartnerschaft. Konversion kostet Geld, dann lässt uns den Rüstungshaushalt in einen Konversionshaushalt umwandeln! Zeit ist ein wesentlicher Faktor, Umwandlung braucht einen langen Atem.

# Das war die Landesmitgliederversammlung der linksjugend [‘solid] MV

Vom 8. bis 9. September fand in Rostock Warnemünde die letzte Landesmitgliederversammlung (LMV) der linksjugend [‘solid] Mecklenburg-Vorpommern statt. Wir wollen euch einen kurzen Überblick über die Themen und Inhalte unserer LMV geben.

## Satzungsänderung & Wahl des Landessprecher\*innenrats

Einer der wesentlichen Punkte unserer Mitgliederversammlung war ein Antrag zur Satzungsänderung. Die bisherige Einteilung des Landessprecher\*innenrats in einen „erweiterten“ und einen „geschäftsführenden“ LSR hat sich als zunehmend lähmend herausgestellt. Zuletzt blähte sich die Größe des LSR immer weiter auf, zeitgleich engagierten sich aber immer weniger auf Landesebene. Die neu gefasste Satzung sieht einen Landessprecher\*innenrat von 6 bis 10 Personen vor.

Durch die Satzungsänderung wurde automatisch die Neuwahl des Landessprecher\*innenrats notwendig. Dabei legte sich die LMV auf die Größe von 10 Menschen im neuen LSR fest. Letztlich wählten die Genoss\*innen einen vielversprechenden LSR. Aus jeder Ortsgruppe unseres Landesverbandes sind Genoss\*innen vertreten. Auch stimmt das Verhältnis von „erfahrenen“ Mitstreiter\*innen und engagierten „Neumitgliedern“. Die gewählten Mitglieder des LSR danken allen für ihr Vertrauen. Noch während der LMV konnten erste Absprachen für die Arbeit der kommenden Monate getroffen werden.

Zum neuen LSR gehören: Der neue Landessprecher\*innenrat: Benjamin Schwarz (Schatzmeister), Jenny Grosse, Amina Kanew, Maximilian Hentschel, Laura Zühr, Gerda Krull, Nico Burmeister, Franziska Fabian, Stefan Marschner, Tom Peterson.

## Inhaltliche Anträge

Die LMV bot nicht nur Formalien und Berichte. Insgesamt sieben inhaltliche Anträge wurden an die LMV gestellt, einige vom alten Landessprecher\*innenrat, viele aber auch von einzelnen Ortsgruppen oder Einzelpersonen. Der Leit Antrag, welcher vom LSR eingebracht wurde, befasste sich ausführlich mit Wegen und Ideen einer **linken Umweltpolitik**. Dieser wurde mit großer

Mehrheit angenommen und so wird uns dieses Thema im kommenden Jahr noch stärker als bisher beschäftigen.

Ebenfalls vom Landessprecher\*innenrat eingebracht wurde der Antrag **„Für einen eigenständigen Kommunal- und Europawahlkampf 2019“**. Mit einer landesweiten Jugendkampagne wollen wir jugendpolitische Themen stärker ins Bewusstsein der Menschen bringen und junge sowie junggebliebene Menschen zum Mitmachen motivieren. Auch dieser Antrag fand eine breite Mehrheit.

Der Antrag **„Seenotrettung ist kein Verbrechen!“** wurde von der linksjugend.SDS

Landessprecher\*innenrat eingebracht. Im kommenden Jahr finden Europa- und Kommunalwahlen statt und der LSR schlug selbstredend vor, als Jugendverband unsere Mutterpartei DIE LINKE bestmöglich im Wahlkampf zu unterstützen. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag mehrerer Einzelpersonen forderte die **Reaktivierung des LAK Queer\*Feminismus**. Darüber hinaus wurde u.a. der Auf- und Abbau von funktionierenden Awareness-Strukturen gefordert. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

## Ausblick auf 2019

Als nächstes großes Projekt steht die **Winterwerkstatt** im Dezember auf dem Plan. Unsere Stelle für politische Bildung, Timo, hat in Zusammenarbeit mit dem alten LSR bereits Vieles vorbereitet. Die letzten Feinschliffe wird die diesjährige Winterwerkstatt u.a. vom neuen LSR bekommen.

Das erste Halbjahr 2019 steht unter dem Zeichen der bevorstehenden Wahlen. Die Vorbereitung und Durchführung der eigenen Jugendkampagne wird dabei genauso eine Rolle spielen, wie die enge Zusammenarbeit mit unserer Mutterpartei während des eigentlichen Wahlkampfes. Die **Verbindung von Jugendpolitik und klassischem Wahlkampf** wird sicher eine Herausforderung, die wir aber gemeinsam bewältigen können und werden.

Der dritte Schwerpunkt wird das **Jugendcamp** sein. Für das kommende Jahr hat der alte LSR einen neuen Ort gesucht. Auch 2019 wird es auf dem Camp wieder viele kleine und große positive Überraschungen geben.

Die linksjugend [‘solid] Mecklenburg-Vorpommern hat sich neu aufgestellt. Alle zusammen werden wir die kommenden zwei Jahre meistern. Deshalb jetzt erst recht:

**Nein zur AfD und andere Rassist\*innen. Gegen den Rechtsruck.**

**Für eine Umweltpolitik, die den Namen verdient.**

**Für ein selbstbestimmtes Leben ohne Ausgrenzung und Ausbeutung.**

**Celebrate diversity.**

**Holen wir uns die Zukunft zurück!**

Nico Burmeister



*Gutaussehend und vertrauenerweckend - Der neue Landessprecher\*innenrat unseres coolen Jugendverbandes*

Greifswald eingebracht. Darin forderten die Greifswalder Genoss\*innen u.a. lokale Solidaritätsaktionen zu organisieren. Ebenfalls von der Greifswalder Ortsgruppe kam der Antrag **„Frauenquote in öffentlichen Unternehmen“**. Hierzu wurden Änderungsanträge gestellt, die von den Antragssteller\*innen übernommen wurden. Beide Anträge wurden mehrheitlich angenommen.

Einzelne Genoss\*innen aus verschiedenen Ortsgruppen stellten den Antrag **„Beteiligung an den Protesten gegen den NPD-Aufmarsch am 8. Mai 2019 in Demmin“**. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, denn alle waren sich einig, dass der geschichtsrevisionistische Aufmarsch am Jahrestag der Befreiung nicht unwiderrspochen bleiben darf.

Der Antrag **„Wahlsupport DIE LINKE 2019“** wurde vom



# Überall hinkommen - Für ein Monatssozialticket in Rostock

In Rostock leben etwas mehr als 200.000 Einwohner\*innen. Die Stadt wächst seit einigen Jahren. Und auch die Anzahl der Autos nimmt zu. Mittlerweile sind über 100.000 private und gewerbliche Fahrzeuge angemeldet. Statistisch hat also jede\*r zweite Rostocker\*in, egal ob Kind oder Erwachsener, ein Auto. Die Anzahl der Autos nimmt wie auch die Anzahl der Einwohner\*innen zu. Der zunehmende Straßen- und Parkverkehr bringt viele Nachteile mit sich, wie zum Beispiel: Lärm, schlechte Luft, verstopfte Straßen, versperrte Rettungswege, zugesperrte Geh- und Radwege.

Gut wäre es, wenn mehr Menschen den Nahverkehr nutzen würden, also mehr Bus, Straßenbahn und S-Bahn fahren. Anfang 2018 gründete sich dazu eine Initiative „Für einen guten Nahverkehr in Rostock“.

Es gab drei Infoveranstaltungen für einen besseren Nahverkehr und Modelle für kostenlosen Nahverkehr. Auf den gut besuchten Infoveranstaltungen in Lütten-Klein, der KTV und Toitenwinkel wurden sehr viele Verbesserungsvorschläge für den Rostocker Nahverkehr gesammelt.



Dabei ging es um die Taktzeiten, das Tarifsystem, ein Monatssozialticket, die Preise, um Park and Ride, um Stadt-Umland-Verbindungen und vieles mehr.

Die Initiative sammelte all diese Vorschläge und entschloss sich, als erstes mit dem Thema Monatssozialticket an die Öffentlichkeit zu gehen. Rostock hat kein Monatssozialticket.

Dass heißt Menschen mit geringen Einkommen müssen auch 55 Euro für die Monatskarte zahlen. Der Hartz4-Satz (416 monatlich) sieht 34,66 Euro monatlich für Verkehr vor. Das reicht nicht für die Monatskarten, und mit ermäßigten Tageskarten und Einzelfahrscheinern kommt man nicht mal bis zur Mitte des Monats. Deswegen fordern wir ein Rostocker Monatssozialticket für 25 Euro monatlich.

Viele Großstädte haben bereits Monatssozialtickets. Ein solches Ticket gibt es beispielsweise in Berlin, in Erfurt und Dresden. Auf Initiative der Linkspartei wurde in Dresden folgendes Modell verwirklicht: Menschen mit geringen Einkommen erhalten den Dresden-Pass. Mit diesem Pass kostet das Monatsticket nur die Hälfte. Die andere Hälfte der Kosten übernimmt

je zur Hälfte die Stadt Dresden und die Dresdener Nahverkehrsbetriebe. Das Monatssozialticket wurde stadtweit beworben und wird gut angenommen. Im November 2015 gab es in Dresden noch 6.300 Nutzer\*innen und im Februar 2018 schon über 15.000.

Was in Dresden und Erfurt geht, schaffen wir auch in Rostock. Übertragen auf Rostock würde ein solches Ticket Rostock ca. 700.000 Euro jährlich kosten. Die Stadtverwaltung geht von jährlichen Haushaltüberschüssen von 30 Millionen aus. Ein Monatssozialticket macht das Leben in Rostock ein Stück gerechter und ist finanzierbar. Die Bürgerschaft hat in großer Mehrheit beschlossen, dass die Verwaltung bis Januar 2019 einen Vorschlag macht, ob, wann und wie ein Monatssozialticket eingeführt werden kann.

Solange die Einführung eines Monatssozialtickets für 25 Euro nicht beschlossen ist, wird die Initiative weiter dafür kämpfen. Wer mitmachen will ist herzlich willkommen. Wir treffen uns alle 14 Tage dienstags in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Augustenstraße 78 (Eingang Schröderstr.). Die nächsten Termine sind 6. und 20.11. Die Initiative ist auch per email erreichbar unter: [nahverkehr@wat.systemausfall.org](mailto:nahverkehr@wat.systemausfall.org)

Kay Nadolny

## Gute Forschung braucht Sicherheit - Mittel für die Hochschulen erhöhen

*Zur Kritik über die mangelhafte Finanzausstattung der Universität Greifswald von Seiten der Universitätsleitung erklärt der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion, Karsten Kolbe:*

„Offenbar hat die Landesregierung immer noch nicht erkannt, welche enorme Strahlkraft eine gut finanzierte Hochschule sowohl gesellschaftlich als auch wirtschaftlich in einer Region hat. Auch das hat bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/2019 dazu geführt, die Hochschulen für ihre gute Haushaltspolitik nicht etwa zu belohnen, sondern sie zu einer Zwangsrücklage zu verdonnern, die sie finanziell handlungsunfähig gemacht hätte. Auch durch die Bemühungen meiner Fraktion konnte diese wirtschaftliche Katastrophe für die Hochschulen zumindest eingedämmt werden. Das Grundproblem der Unterfinanzierung besteht jedoch weiter, da der jährliche Mittelaufwuchs meistens gerade so die Teuerungsrate ausgleicht.“

Ohne zusätzliche Mittel können die Hochschulen ihr Niveau jedoch langfristig nicht halten. Das ist für den Wissenschaftsstandort M-V fatal, da gerade Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern zunehmend die Perspektive fehlt und sie abwandern. In kaum einem Arbeitsbereich ist der Widerspruch zwischen Hochqualifikation und prekärer Beschäftigung derart groß wie an den Hochschulen.

Das Land muss dringend mehr in die Hochschulen investieren, damit ausreichend und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden können. Spätestens im Herbst 2019 wird die Landesregierung Farbe bekennen und mit dem Haushalt 2020/2021 Perspektiven aufzeigen müssen. Bis dahin sollten jedoch auch die Hochschulen des Landes deutlich öfter und energischer bei der Landesregierung ein wissenschaftspolitisches Umdenken einfordern und klarstellen, dass sie für M-V nicht allein Ausbildungsstätten sind,

sondern Motoren für die infrastrukturelle Entwicklung des gesamten Landes.“



# Aktionsplan Ost

Zum „Aktionsplan Ost 2019 – mehr Osten wagen“, den die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg, gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion, Matthias Höhn, Beauftragter und Sprecher für Ostdeutschland, vor der Landespressekonferenz vorgestellt hat:

„Ausgehend von der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Mecklenburg-Vorpommern hat meine Fraktion Vorschläge entwickelt, wie das Land vorangebracht werden kann und entsprechende Forderungen an die Landesregierung abgeleitet. In vielen zentralen Bereichen verharrt M-V im Keller. Das Land bleibt in seiner Entwicklung nicht nur weiter hinter den anderen Bundesländern zurück, sondern verliert im Gegenteil weiter an Boden. Die Schere geht Jahr für Jahr wieder weiter auseinander. Vor allem in zentralen Bereichen, wie beispielsweise Anhebung des Lohnniveaus, Digitalisierung, Bildungspolitik oder Mobilität gibt es keine neuen Impulse, die Landesregierung handelt mut- und ideenlos. Wenn es in M-V bergauf gehen soll, dann muss die Landesregierung raus aus ihrer Lethargie. Das bisherige ‚Vorzeigeprojekt‘ der Landesregierung, um eine Lohnspirale nach oben in Gang zu setzen, ist wirkungslos verpufft. Der festgesetzte Vergabemin-

destlohn ist deutlich zu niedrig angesetzt. Mit der digitalen Agenda hat die Landesregierung zwar den grundsätzlichen Willen gezeigt, sich zumindest den Problemen zu stellen. Aber mehr als eine Sammlung von guten Einzelprojekten ist dabei nicht herausgekommen. M-V braucht eine handfeste Strategie, um eine Digitalisierungs-offensive zu starten. Außerdem ist Digitalisierung deutlich mehr als nur der Breitbandausbau. Der ÖPNV ist völlig unzureichend. Angebote der Regionalbahn wurden ausgedünnt, Strecken stillgelegt. Mobilitätssicherung gehört zur Daseinsvorsorge und ist eine der Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse und gesellschaftliche Teilhabe in ganz M-V.

Auch hier braucht es eine Initialzündung, um den ÖPNV einmal komplett neu zu denken und auch die Finanzierung neu aufzustellen. Ein Mobi-Pass, der Kindern und Jugendlichen jederzeit die kostenfreie Fahrt ermöglicht, ist für ein Flächenland wie M-V ein Muss.

Auch um den wirtschaftlichen Aufholprozess wieder in Gang zu setzen, brauchen wir eine bessere Bildungspolitik. SPD und CDU haben über Jahre die Berufsschulen geschleift, sie wurden vernachlässigt und immer weiter ausgedünnt. Die Quittung ihrer verfehlten Politik liegt nun auf dem

Tisch. Neben hohen Abbrecherquoten hat M-V in den beruflichen Schulen die geringsten Bildungsausgaben bundesweit. Höhere Investitionen in die Ausstattung, kleinere Klassen und individuelle Förderung gehört zum A und O für eine zukunftsfähige Bildung und Ausbildung.

Die Landesregierung kleckert anstatt zu klotzen und sie redet anstatt zu handeln. Zugleich häuft sie in ihren Haushaltsrücklagen Jahr für Jahr mehr Geld an. Wir halten es hingegen für besser, heute klug in die Zukunft des Landes zu investieren. Wir wollen soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft vereinen.

Mit unserem Aktionsplan stellen wir einen 10-Punkte-Plan vor. In unserer nicht abschließenden Auswahl an Politikbereichen haben wir eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht, die den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern helfen und das Land insgesamt vorwärts bringen.

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)



## Plädoyer für die Aufklärung

Dass zwischen verständlicher und vernünftiger Rede ein Gegensatz stecken könnte, der sich zum Widerspruch zu steigern vermag, hat bereits Platon geargöhnt. In der attischen Demokratie wurde die Rhetorik zu einer stark nachgefragten Kunst. Deshalb gab es auch bald Lehrer, die für Geld Unterweisung in der Kunst der Überzeugung gaben: die Sophisten. Wahrscheinlich waren einige dieser Leute wesentlich besser als ihr schlechter Ruf. Dieser schlechte Ruf wurde ihnen von Platon angehängt. Platon war der Überzeugung, dass Überzeugungskunst und Suche nach der Wahrheit grundverschiedene Dinge seien. Für ihn hatte Wahrheit den Vorrang vor allem anderen, auch vor Mehrheiten. Hier zeigt sich ein Problem, das mit der Demokratie, also der Wirkung des Mehrheitsprinzips, in die Welt tritt. Mehrheiten können irren! Überredungskunst kann, wenn sie

sich für das Wahre nicht interessiert, auch zur Verführung werden. Andererseits liegt hier auch ein demokratiefeindlicher Gedanke nahe. Gibt es dann nicht das Recht, auf die Demokratie verzichten zu dürfen, wenn es um die Wahrheit geht? Diesen



Gedanken würden die meisten verneinen, und sei es mit dem Hinweis auf Churchill, dass die Demokratie eine schlechte Herrschaftsform wäre, alle anderen aber noch schlechter. Ich denke, dass Demokratie unverzichtbar ist.

Nichtsdestotrotz bleibt der Gegensatz zwischen Demokratie und Vorrang der Wahrheit interessant. Der Begriff der Wahrheit hat in der Demokratie nur wenig zu suchen. Natürlich würde jemand, der ernsthaft behaupten würde, dass  $2+2=5$  ist, sich lächerlich machen, auch im Parlament, jedenfalls noch. Entscheidend ist aber, dass der Begriff des Allgemeinwohls, wenn wir ihn demokratisch verstehen, nicht „wissenschaftlich“ bestimmbar, also nicht primär von besonders klugen Experten ermittelt werden kann, sondern Ergebnis politischer Aushandlung zwischen unterschiedlichen Interessen und ihren Trägern ist.



Wenn man das „vergisst“, überlässt man die Bestimmung entscheidender Fragen irgendwelchen Expertenkommissionen, und das Parlament darf dann nur noch absegnen. So ist es z.B. bei den Hartz-Gesetzen gelaufen. Und der Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Regierung hat sechzehn (!!) eventuelle Vorhaben gleich in Kommissionen ausgelagert. Der politische Populismus erscheint als Entsprechung zu dieser Entwicklung. Wo das Parlament zur Legitimationsmaschine degradiert wird, macht er sich stark, bläht sich, um die „wahren“ Interessen

des Volkes zur Geltung zu bringen. Das ist eine seiner Geschäftsgrundlagen. Interessant daran ist, dass auch er auf Wahrheit bezugnehmen muss und sich zugleich gegen das „Establishment“, also auch Expertenkommissionen, in Stellung bringt. Da die Experten dann offenbar die Wahrheit entstellen müssen, tendiert der Populismus zuweilen zu verschwörungstheoretischen Annahmen. Es stellen sich zwei Fragen. Erstens: was sind Interessen? Und zweitens: was macht Interessen wahr? Das ist ein Minenfeld, das hier betreten wird. Natürlich, um mit dem

Wahrheitsproblem zu beginnen, täuschen sich Beschäftigte nicht, wenn sie glauben, dass höhere Löhne besser für sie wären. Ihr Interesse daran ist also „wahr“. Aber auch Kapitalisten unterliegen keinem Irrtum, wenn sie denken, dass ein Kapitaleinsatz höhere und nicht niedrigere Rendite bringen soll. Auch ihr Interesse daran ist „wahr“. Aber wenn man sagt, alle in der Gesellschaft haben etwas davon, wenn die Kapitalverwertung für die Kapitaleigentümer gut läuft, ist das nicht mehr plausibel. Denn das könnte beispielsweise auch auf Kosten der Löhne gehen. Ideologie zeichnet sich dadurch aus, dass Menschen Überzeugungen ausbilden, die ihren Interessen widersprechen. Wenn also Werktätige glauben, dass alles, was gut für die Kapitalverwertung ist, auch gut für sie sei, dann unterliegen sie einer Ideologie, nämlich dem Neoliberalismus.

Was aber sind Interessen? Sind das Bedürfnisse oder bewusste Wünsche? Oder etwas anderes? Interessen bezeichnen diejenigen – in Ermangelung eines besseren Wortes – Wünsche, die einzelne oder Gruppen von Menschen ausprägen müs-

sten, um ihre Bedürfnisse besser befriedigen zu können. Diese Formulierung macht deutlich, dass Menschen Interessen haben können, ohne davon zu wissen. Ein geeignetes Beispiel ist: Kalziumhaltige Nahrung.

Menschen haben ein Interesse an kalziumhaltiger Nahrung. Das ist unbestritten. Sie können also vernünftigerweise den Wunsch ausbilden, regelmäßig Milchprodukte zu sich zu nehmen. Aber auch, als die Menschen noch nicht wussten, was Kalzium ist, gab es bereits das Interesse an kalziumhaltiger Nahrung.

Nun ist das noch ein harmloses Beispiel. Riskant wird es im Politischen. So können gesellschaftstheoretische Gebildete auf die Idee kommen, den Volksmassen mitzuteilen, dass diese Interessen hätten, von denen sie zwar nichts wissen, die aber unbedingt durchgesetzt werden müssen, zur Not auch gegen ihren Willen.

Als Sozialist akzeptiert man erstens die Möglichkeit, dass es Interessen gibt, denen Folge zu leisten zu einem besseren Leben für alle führen kann, und man akzeptiert den Umstand, dass es möglich ist, dass die Mehrheit der Gesellschaft davon nichts weiß. Der demokratische Sozialist muss aber davon absehen, gegen den

Willen der Mehrheit irgendwelche Interessen durchzusetzen. Sonst würde er in eine ähnliche Situation kommen wie Technokraten, die das Gemeinwohl in Expertengremien „wissenschaftlich“ ermitteln wollen. Ihm bleibt nur ein Mittel: AUFKLÄRUNG.

Aufklärung kann es aber nur als Prozess unter Gleichen geben. Es gibt nicht den Bescheidwiser, der anderen sagt, wo es lang geht. Karl Marx hat in den Feuerbachthesen bereits diese oberlehrerhafte Form der Aufklärung verworfen. Wenn ich von Gleichen rede, rede ich aber von höchst unterschiedlichen Menschen. Es gibt aufgrund unserer Arbeitsteilung Menschen, die Facharbeiterinnen und Facharbeiter sind, es gibt Menschen, die Akademiker sind, aber auch unter Akademikern ist es so, dass ein Mathematiker und ein Soziologe nicht dieselbe Sprache sprechen. Wie also können wir so sprechen, dass möglichst alle wissen, um was es eigentlich geht, wenn eine politische Debatte stattfindet?

Gregor Gysis Wort von der Pflicht zur Übersetzung erschien mit immer einleuchtend. Das Beispiel, das er häufig brachte, stammt aus einer Steuerreform der Schröder-Ära: die Kapitalgesellschaften sollten verpflichtet werden, Veräußerungserlöse in voller Höhe zu versteuern, während Inhaberunternehmen nur verpflichtet waren, den halben Satz zu zahlen. Die meisten verstehen wahrscheinlich nicht, was das heißt und welche Konsequenzen das hat. Ich nehme an, dass die meisten Leser damit wenig anfangen können. Wenn man mit Beispielen und einer am Alltag orientierten Sprache arbeitet, kommt dabei Folgendes heraus: Wenn die Deutsche Bank bisher was verkaufte, dann bekam sie dafür einen Kaufpreis und musste bisher Steuern bezahlen. Wenn der Bäckermeister was verkaufte, kriegte er auch einen Kaufpreis, und darauf musste er einen halben Satz Steuern bezahlen. Aufgrund der damaligen Steuerreform muss der Bäckermeister das Doppelte bezahlen und die Deutsche Bank nichts mehr.

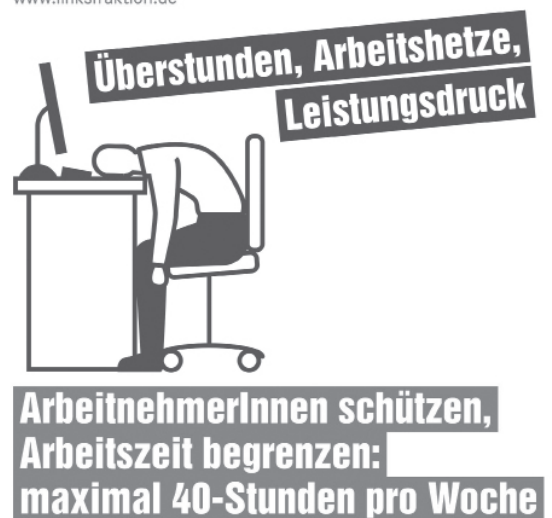
Wenn man so übersetzt, wissen die Menschen, um was es geht. Ich will mich hier nicht gegen Fachterminologie aussprechen. Sie ist in den Wissenschaften notwendig, um mit der erforderlichen Genauigkeit argumentieren zu können. In der Politik nimmt sie aber Züge der Ideologie, der Verschleierung an. Deshalb müssen wir auf unsere Sprache achten.

Die Demokratie muss in den Händen der Bürgerinnen und Bürger bleiben. Das kann aber nur dort gelingen, wo die politische Sprache nachvollziehbar bleibt. Man demonstriert nicht Klugheit, wenn man einen Fachjargon drauf hat. Klug ist es, zur Aufklärung beizutragen. Sonst überlassen wir das Feld entweder den technokratischen Neoliberalen oder den Rechtspopulisten.

Aus der Kolumne »Freitag um eins« von Dietmar Bartsch, [www.dietmar-bartsch.de](http://www.dietmar-bartsch.de)



[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)



# Beziehungen mit Russland

**Vom 1. bis zum 9. Oktober hielt ich mich im Rahmen einer Reise der Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Wolgograd und Moskau auf. Wir nahmen an diversen Veranstaltungen teil und hatten interessante Begegnungen.**

Selbstverständlich kann und will ich hier keinen umfangreichen Reisebericht vorlegen, denn hier wird eine Kolumne geschrieben. Die Menschen, die wir trafen, waren Politikerinnen und Politiker sowie Akteure der Zivilgesellschaft. Um mit einem Vorurteil aufzuräumen: Auch wenn es im „Westen“ andere Vorstellungen davon gibt, was Zivilgesellschaft sei: Russland hat eine reiche Landschaft zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Wolgograd haben wir für unseren Besuch ausgewählt, weil die Schlacht um Stalingrad sich in diesem Jahr zum 75. Mal jährt. Wenn man nach Wolgograd fährt, kann man sich den Nachwirkungen dieser Schlacht nicht entziehen. Sie prägt vieles. Dabei habe ich keineswegs nur die Gedächtniskultur im Auge, die für sich schon sehr beeindruckend ist. Ich habe zuweilen den Gedanken, dass jeder und jede Abgeordnete des Deutschen Bundestags wenigstens einmal den Marmajew-Hügel in Wolgograd besucht haben sollte, einfach um das Geschichtsbewusstsein zu schärfen. Es gibt das Klischee von der „russischen Seele“. Tatsächlich gibt es eine russische Kultur, Bilder von sich selbst und von anderen Gesellschaften. Die russische Kultur ist auch tief geprägt vom 2. Weltkrieg, der in Russland „Großer Vaterländischer Krieg“ heißt. Die Nachwirkungen dieses fürchterlichen Ereignisses spürt man auch in dem Bemühen, ähnliches wie diesen Krieg nicht mehr zulassen zu wollen. Es gibt in Wolgograd ein inzwischen zur Tradition gewordenes Wolgograder „Forum an

der Wolga“, eine internationale Konferenz, die sich einer Idee der „Bürgerdiplomatie“ verpflichtet fühlt. Der Gedanke ist einfach. Diplomatie, die immer besser ist als Krieg, ist so wichtig, dass man sie nicht nur den Regierungen überlassen darf. In der Tat: Es gibt vielfältige Programme des Austauschs zwischen den USA und Deutschlands, es gibt Programme des Austauschs innerhalb der EU, und weshalb sollten analoge Pro-



gramme bzgl. Russland nicht ausgebaut und intensiviert werden?

Interessenkonflikte gibt es und wird es immer geben. Die entscheidende Frage ist aber, wie man damit umgeht. Sind Lösungen möglich oder reagiert man konfrontativ, immer hoffend, dass der point of no return nicht überschritten wird? Um lösungsorientiert mit Konflikten umzugehen, ist es nicht nötig, den „Putin-Versteher“ zu geben. Es ist aber nötig, überhaupt etwas zu verstehen. Dazu gehört, dass Russland nicht der einzige Staat auf der Welt ist,

der Interessen verfolgt. Das tun die USA, das tut die EU und das tut auch Deutschland. Nur wird das gern maskiert mit der Ideologie der „westlichen Werte“. Darf nur der seine Interessen ungestört verfolgen, der „westliche Werte“ vertritt? Das ist ein Denken, das noch aus der Ära des Kolonialismus stammt. Genauso gut könnten russische Politiker auch auftreten: Wir haben eine Art zu denken, und deshalb dürfen wir ungestört unsere Interessen verfolgen. Ich glaube, da wäre hierzulande ganz schön was los! Deshalb ist es nötig, sich auch in den Gegenüber hineinversetzen zu können. Ohne Empathie läuft es nicht. Auch in Moskau gab es interessante Gespräche, u.a. mit dem deutschen Botschafter. Es ist üblich, dass Politiker von der Botschaft ein politisches Briefing erhalten. Das verlief diesmal recht kontrovers, aber auch produktiv. Außerdem trafen wir Vertreter der Partei „Gerechtes Russland“, der Kommunistischen Partei sowie Vertreter diverser zivilgesellschaftlicher Organisationen. Viel wäre da noch aufzuzählen. Entscheidend ist, dass wir im Gespräch bleiben. Die Beziehungen zwischen unseren Gesellschaften müssen vertieft werden, damit sich die Beziehungen unserer Staaten bessern können. Aus der Kolumne »Freitag um eins« von Dietmar Bartsch, [www.dietmar-bartsch.de](http://www.dietmar-bartsch.de)

## LYRIK

*Russland-Gefahr? (von Jürgen Riedel)*

Psychiater schürft Erkenntnis:  
Verfolgungswahn  
Geschichtspräsident der Historie statt  
töricht denkt  
lotet aus:  
Sprengsatzstarkes Großmachtstreben

## Ryanair Landerechte entziehen

Medienberichten zufolge führt die irische Billig-Airline entgegen allen Datenschutzbestimmungen detaillierte Krankenakten über Beschäftigte, auf die weit über hundert Ryanair-Mitarbeiter in ganz Europa Zugriff haben. Erst gestern hatte die Linksfraktion über die fehlende Genehmigung irischer Leiharbeitsfirmen informiert, von der rund 700 Beschäftigte in Deutschland betroffen sind. Bernd Riexinger erklärt dazu:

Männer wie der Milliardär und Konzernboss Michael O’Leary treibt die nackte Gier an, dabei kennen sie weder Anstand noch Gesetz. Dass Beschäftigten mit Kündigung gedroht wird, wenn diese nicht entgegen aller Datenschutzgesetze detailliert Auskunft über ihre Krankheiten erteilen, zeigt die ganze Verkommenheit des Sy-

stems „Hauptsache billig“.

Auch Wirtschaftsmilliardäre müssen sich an Gesetze halten - hier steht die Bundesregierung in der Pflicht. Ryanair müssen mit sofortiger Wirkung die Landerechte entzogen werden, bis der Konzern sich an geltendes Recht hält.

Neben dem verachtenden Umgang mit den Persönlichkeitsrechten ihrer Mitarbeiter bricht Ryanair weitere Gesetze: In Deutschland setzt die irische Firma illegale Leiharbeiter als Kabinenpersonal ein. Flugbegleiter, die in Deutschland arbeiten, sind über die beiden irischen Leiharbeitsfirmen Crewlink und Workforce „entliehen“. Dieses Konstrukt ist illegal. Den Firmen fehlt eine gültige Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung, die sie trotz ihres Sitzes in Irland für ihre Dienste in Deutschland brauchen. Eine weitere rechtswidrige Praxis gegen die Beschäftigten besteht

in detaillierten Krankenakten, die Ryanair anlegt und auf die weit über hundert Mitarbeiter in ganz Europa Zugriff haben. Mitarbeiter sollen bei Krankmeldung eine detaillierte Beschreibung der Symptome angeben und müssen teils in Disziplinaranhörungen „versprechen“ nicht mehr krank zu werden. Das ist Nötigung. Gemeinsam mit der Dienstleistungsgewerkschaft verdi werden wir die rund 700 Leiharbeiter unterstützen, auf eine Anstellung durch Ryanair zu klagen. Illegale Arbeitnehmerüberlassung und Verstöße gegen das Bundesdatenschutzgesetz sind keine Kavaliersdelikte. Die Skrupellosigkeit wird den Milliardär Michael O’Leary teuer zu stehen kommen. Bei vorsätzlicher illegaler Arbeitnehmerüberlassung muss der Konzern den Betroffenen dreißig Jahre lang die entstandene Lohndifferenz auszahlen.



# Rotfeder und die Anständigenen

Immer wieder höre ich im Vorfeld von Demonstrationen Warnungen vor „linken Chaoten“. Vor ihnen wird regelrecht Angst geschürt, so dass manche Bürger verschreckt glauben, dass von ihnen eine größere Gefahr ausgehen würde als von den Problemen, gegen die demonstriert wird. Die gewaltigen Sicherheitsmaßnahmen führen zu Einschränkungen und Unbequemlichkeiten. So war es auch wieder vor dem 20. Oktober, für den die AfD erneut eine Kundgebung und einen Aufmarsch durch das Rostocker Stadtzentrum angemeldet hatte. Damit provozierte sie die anständigen Rostocker und zielte darauf, sich bei den zu erwartenden Reaktionen als Opfer „intoleranter Gegendemonstranten“ darstellen zu können.

An einem Tag, an dem der größte Umsatz in der Woche gemacht werden könnte, mussten die Einzelhändler in den betroffenen Straßen befürchten, dass sich viele ihrer Kunden nicht in die Stadt zu ihnen trauen würden. Andere mussten Verdienstausschlag hinnehmen, weil ihr Einsatz auf Grund der Straßensperrungen abgesagt wurde. Bei vielen fehlte das Verständnis,

weil sie davon ausgingen, dass der Sicherheitsaufwand wegen zu erwartender linker Chaoten betrieben würde.

Am Samstag in der Innenstadt ging es aber nicht um rechte Spinner gegen lin-

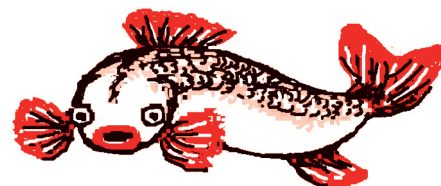
ke Chaoten. Wer aus der deutschen Geschichte nur ein wenig gelernt hat weiß, dass rechtzeitig der nationalistischen Gewalt entgegengetreten werden muss. Die Entwicklung heute, der Rechtsruck, hat unübersehbare Parallelen zu den Ereignissen in der Weimarer Republik. Die Fehler von damals dürfen nicht wiederholt werden.

Viele haben eine Meinung, und sie können diese selbstverständlich frei äußern. Aber nicht alle haben auch recht, und Hetze ist keine Meinung. Es gibt auch keine ungefährliche Dummheit. Deshalb stellten wir mehr als 2.500 Bürger uns den knapp 250 Provokateuren entgegen. Wir zeigten ihnen nicht nur, dass wir mehr sind, sondern wir verteidigten auch unsere Stadt, unsere Symbole und unsere Lebensweise vor ihrem Missbrauch.



Um sich den rechten Hetzern in den Weg zu stellen, muss man nicht notwendig ein Linksradikaler sein, man muss nicht einmal links sein. Es reicht, einfach anständig zu sein.

Das meint eure Rotfeder



## Informationsportal für Kindertagesförderung

Eltern im Landkreis Rostock können auf eine Vielzahl von Angeboten für die Kindertagesbetreuung zurückgreifen. Jedes Jahr werden Kindertagesstätten im Landkreis Rostock modernisiert und es werden neue Kapazitäten geschaffen. Die hierfür zur Verfügung stehenden Förderprogramme auf Bund- und Landesebene werden auch in unserem Landkreis sorgfältig umgesetzt. Aber nichts ist so gut, als das es nicht auch noch verbessert werden könnte.

Eltern stehen häufig auf der Suche nach Betreuungsplätzen für ihre Kinder vor großen Problemen, denn nicht immer ist in der Einrichtung am Wohnort auch tatsächlich ein Platz frei. Obwohl auch wir als Fraktion den Platz in Wohnortnähe favorisieren, denn dieser schafft Bindungen im sozialen Umfeld des Kindes, ist dieses in

der Realität leider oft nicht möglich. Dann geht die Suche für die Eltern los und die gestaltet sich häufig etwas schwierig, denn wer kennt schon alle Angebote in der näheren Umgebung genau. Manchmal könnte aber auch schon ein Platz am jeweiligen Arbeitsort oder auf dem täglichen Arbeitsweg weiterhelfen.

Genau hier setzt der Antrag von unserer Fraktion DIE LINKE an. Wir möchten gerne, dass ein Portal zur Information über Angebote der Kindertagesförderung (KITA und Kindertagespflege) im Landkreis Rostock und deren freien Platzkapazitäten auf der Internetseite des Landkreises erstellt wird. Ein Onlineportal, in dem alle Kitaträger und Kindertagespflegepersonen ihr Profil und ihre Kapazitäten aktuell darstellen können, würde Eltern bei der Auswahl unterstützen und gestattet auch der Verwaltung einen

genauen Überblick über die Kapazitäten und die vorhandenen Bedarfe. Dieses kann die unlängst verabschiedete Jugendhilfeplanung für diesen Bereich nicht leisten. Dieses Portal würde den Eltern die Platzsuche etwas erleichtern, unabhängig von den Öffnungs- oder Sprechzeiten. Entsprechende Portale werden bereits erfolgreich in Schwerin, Rostock und dem Landkreis Vorpommern-Greifswald eingesetzt. Auch für die Landkreise Mecklenburgische Seenplatte und dem Nordwestmecklenburg sind solche Portale geplant.

*Dörte Schmidt*

*Mitglied des Kreistages des Landkreis Rostock*

*Mitglied im Jugendhilfeausschuss*

# Plattdeutsche Erzählungen III.

**Unser Autor Kurt Kaiser, Ehrenmitglied des Plattdötsch Verein „Klönnsnack-Rostocker 7“, schuf zum 800. Gründungsjubiläums der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, auf 1040 Seiten ein Sieben-Bücher-Set, aus dem wir hier aus dem 2. Band, mit dem Titel „Rostocker Ströper“, seine Erinnerungen bei einem Bummel durch die Altstadt fortsetzen.**

Oewer de werrer schöne Kröpeliner Straat gahn dagdäglich dusende Börger un Touristen. Dor gifft dat vör allem ok de Universität tau bewunnern, doroweer wat Intrassantes tau hüren un tau läsen. Ehr imposantes Hauptgebäude, wat 1866 in ´ Stäl von de Neorenaissance entstün, verdeiht besonner Upmarksamkeit. Alma Mater Rostochiensis wör all 1419 gründt un is dormit de drüttölteste Hochschaul in Düütschland un ölteste in ´n Ostseeruum. Wer in de Universitätsmatrikel rinkiekt, kann faststellen, dat hierher, nah Rostock, de Liernbegierigen un denn ganzen Ostsee-Kulturruum kehmen.

De Universität har un hett dank ehre hervorragenden Perfessers einen gauden Raup. Dorför stün ok de Nam Lauremberg. Oewer drei Generationen wieren de Laurembergs ein bekannte Familie in Rostock: Wilhelm Lauremberg (1547-1612), Perfesser för Medizin, bekleedt fieftmal hier dat Rektorenamt. Ok Wilhelm Lauemberg siene Soehns, Peter, (1585-1639) und Johann Wilhelm (1590-1658), wirkten hier as Perfessers. Alldiwil Peter Lauremberg ein Botaniker wier, kümmerde sik Johannes üm Mathematik un Ingenieurwissenschaften. Sien besonnere Leif gült ok dei plattdötsche Sprak.

Stellverträgend för annere Prominente sall hier noch Karl Ritter von Frisch nennt warden, de 1921 as Ordinarius för Zoologie un Institutsdirektor hierher raupen wör. De Perfesser gült as ein von de bedüdesten dötschsprachigen Verhollensforscher. He wör vör allem dörch siene Unnersäukungen an de Westlichen Honnigbienen (*Apis mellifera carnica*) bekannt un makte ok noch sensationelle Entdeckungen in uns Fischfauna. 1973 wör he dorför mit denn Nobelpries ihrt.

Doctrina multiplex veritas una, dat heit: „Lihris is välfältig, Wohrheit is einzig.“

So steiht dat öwer denn Ingang von de Rostocker Universität. Nich blos de Lihrer, ok de Schäuler hemm sik üm de einzig Wohrheit all lang sträden un daun dat hüt noch. So ward un sall dat bliewen.

Up denn Universitätsplatz hett ok de in Rostock geburne legendäre „Marschall Vörwarts“, Gebhard Leberecht von Blücher, ein Denkmal krägen; dat Meisterwark von Schadow, för dat Goethe de Widmung schreew: „In Harren und Krieg - In Sturz und Sieg - bewusst und groß - So riss er uns von Feinden los!“

An ´ Rand von ´n Universitätsplatz is denn ok

mit denn „Brunnen der Lebensfreude“ Rostocker Künstlern ein gaudes Wark gelungen, woröwer sik tau Sommertied nich blos wi Rostocker uns freugen, sonnern ok uns Gäst. Joe Jastram un Reinhard Dietrich hemm mit ehre Kunst de Warke von Architekten un Bulüd unnerstütt, un uns zerbombten Straaten mit nieget Läben erfüllt. De Lange-, Kröpeliner- un anner Straaten sünd werrer upbugt un hemm ein Utseihn,

dat an hanseatische gotisch-nordische Traditionen anknüpft un tauglied an unsen gegenwertigen Tiedgeist anpasst is.

Ick bummel nu up de Kröpeliner Straat, wo in de Bombennächt 1942 välet Kulturgaud unnergahn is. För mi wier dat Kophus „Wertheim“ besonnern tau Wihnachten ein beleiwter Upentholtsturt, wägen ein grot Spältüch-Utstellungen. Stundenlang künn ick mi dor bi ein „Märchenholt mit Päpernöthus“ u.a. uphollen, wenn miene Öllern nah priesgünstige Schnäppchen söchten. Mi güng ´t gaud in ´n warmen Koophus, im Gegensatz tau de Kinner buten vör de Dör, de in de Küll mit „Papp-Wihnachtsmänner“ behängt von ein Bein up ´t anner trampelnd, luthals ehre sülwstbastelten Hampelmänner anpriesten: „Wihnachtsmann teihn Penning, kööpt hier Wihnachtsmann för teihn Penning!“

Disse Jungens un Mäten harn dat schwer in de Küll, oewer de Familie luerte up poor Groschen. - Mit disse Kindheitserinnerungen sett ick mienen Rundgang up de „Kröpi“ furt un as ick ierst dörch dat schönste un gröttste Kröpeliner-Stadtur gahn wier, sleecken sik in mien Gedanken annere Erinnerungen. Tau ´n Bispill an dat Slädenrodeln up ´n Wall, runner bit unnen an ´t Bahngleis, wo morgens un abends ein lang Reig Wagons mit Schippsfracht von Haben nah denn Gäuderbahnhof orer von Bahnhof nah ´n Haben kai tau de Schippe rangiert wör, üm von dor ein Reis oewer See orer in ´t Land antauträden. Dat wier för mi sihr spannend tau kieken woans sik je ein Lokomotiv, vörn und achtern mit de välen oewer dat Gleis ruckelnden und quiet-schenden Wagons, prustend un dampend afmäuhte.

Mienen Rundgang dörch de Oltstadt bröchte ick oewer denn Wallstieg up ´n Kanonsbarg tau End. Dor stahn noch gussieserne Kanonen, de dor woll för hunnerte Johr tauetzt schaten hemm, dornäben ´n poor Bänke up de ick mi dahlsett; in Rauh wull ick noch ´n bäten nahdenken un mi vörstellen, woans in ´n Middelöller von hier Schipp up de Warnow begrüßt orer verawschiedt orer wenn se böse Awsichten harn ok mal stoppt wörn.

Nu kieken von hier ut ok giern fröhliche Hanse-Sail-Besäuker up de välen Sägelschipp un Damper dahl. Vör föftig Johr wier dat ok all so, in de „Ostseewochen“, wo för weltwiede DDR-Anerkennung un Fräden worben wör.

As ick, teihnjörig, an ´n Haben kai rümströperete, wier hier noch ein ganz anner Miljö:

Dor stünnen hier noch nich so as hüt, ein Kraug un Geschäfte an de Kaikant, sonnern Lagerschuppen und lesenbahnwagons, de ut de Dampf- un Sägelschipp Kahlen, Holt, Getreide un anner Frachtgaud löschten un ok för denn Transport nah Öwersee in sik ver-stauten.

Tau John Brinckmans Läbenstied schipperten sogar von hier de „Zorenappel“ (üm 1840) nah St.Petersburg. Dat wier ok all ein sihr läwhaftes Drieiben, wat sick dor awspälte. Dor künn ´de Rostocker Jungens nich öwer Lang-wiel klagen.

De Maaten von de Sägelschipp un Dampers, de hier ein Deern harn, schickten uns giern mal as Loopjungens för „Besorgungen“ orer ein Nahricht los, an ein Fründin in ´n Sparlingsnest orer Hornschen Hoff. Dor verdeinten wi uns poor Penning orer dörfen ok ´mal an Burd kamen. Höhepunkte in uns Habenläwen wiern ok de Flottenbesäuke von de Kriegsmarine. Ok de Wareflugzeuge de von Arado un Heinkel bugt wörn un von ´Breitling startend oewer de Warnow un Stadt brusten, hemm ok in mi de Begeisterung för ´t Fleigen weckt un denn Wunsch, sülwst einmal Pilot tau warden.

Dat Läben an ´n Haben wier vuller Oewerraschungen. Ick erinner mi noch an einen Besäuk von denn bekannten Filmschauspäler Hans Albers, de uns ´ Stadt einen Dag lang in Atem höl. He hett hier, as wi em von de Koßfelder Brög taujubelten, an Burd von Utluchdamper UNDINE, de damals noch „Kronprinz“heiten deed, einen Goldklumpen (Nugat) in de Warnow schmäten, denn he as Ingenieur ut dat Element „Bli“ (plumbum), in ´n UFA-Film „Gold“ (Au), produziert har, wat Porzellan-Böttcher noch nich gelüing. Mit sienen Wurf in de Warnow wull he ein Teiken setten, gegen de goldgierigen „Plutokraten“ in Amerika.

Wi jubelten Albers as ´n „Weltenretter“ tau, de grad sien verfluchte „Goldmaschin“ in de Luft sprengt un nu dat Letzt Stück Gold versenkt har.

Von ´n Kanonsbarg ut beobacht ick früher ok giern de Fährr, de von Gehlsdörper Fährrhus nah denn Schnickmannsbrög-Anleger de Fohrgäst un Fuhrwarke oewersetten deed. Ok de Eck von Wokrenter-Strandstrat wier mit denn Kraug „Kogge“ ein fabeldrächtigt Urt. Ein Wunner, dat disse Traditions-kneip de Bombennächt un Kriegsturbulenzen oewerstün. Ok hüt hett disse Rostocker Antiquität noch nix von ehren Seefohrerflair verloren.

\*

Das in plattdeutscher Mundart verfasste Werk wurde unverändert übernommen.

Die limitierte Jubiläumsausgabe mit allen 7 Büchern (das Set a 60,- €; Einzeln 10,- €) bei der BuchHandelsGesellschaft, Taschenmacherstr. 12, 23556 Lübeck erhältlich. ISBN 978 3 946696 12 2



# TERMINE AUS HRO UND LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Fr., 9.11.	20:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Das Totenschiff" - Theateraufführung der Gruppe Act Absurdum	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Di., 13.11.	18:30 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Krisen und Migrationserscheinungen im Wandel der Zeit. Schwerpunkt Lateinamerika"	Rostock	Waldemar Hof Seminarraum Waldemarstr. 33
Mi., 14.11.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Kritzkow	Gaststätte "Strike"
Fr., 16.11.		Proteste gegen AfD-Aufmarsch	Rostock	Hansaviertel
Sa., 17.11.	9-15 Uhr	1. Tagung des 4. Kreisparteitages	Hohenfelde	"Helgoland" Dorfstraße 10
Mi., 21.11.	09:30 Uhr	Sitzung der LAG Senioren und der AG Seniorenpolitik, Gast: Carsten Penzlin	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 21.11.	19:00 Uhr	Bittgottesdienst im Rahmen der diesjährigen Friedensdekade zum Thema "Krieg 3.0"	Bad Doberan	Münster
Fr., 23.11.	18:00 Uhr	Mitgliederversammlung Lütten Klein: Kommunalpolitische Leitlinien	Rostock	MGH Danziger Straße 45d
Sa., 24.11.	9-15 Uhr	Klausur der Kreistagsfraktion	Kröpelin	Kröpeliner Mühle
So., 25.11.	15:30 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Urbanisierung in China"	Rostock	LiWu, Friedrichstraße 23
So., 25.11.	17:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "River Road" Film im Rahmen der Indigenen Filmtage	Rostock	LiWu, Friedrichstraße 23
Mi., 28.11.	16:00 Uhr	RotFuchs: Karin Leukefeld über "Syrien im geopolitischen Spiel der Großmächte"	Rostock	Mehrgenerationenh. Maxim-Gorki-Str. 52
Sa., 1.12.	09:00 Uhr	2. Tagung des 6. Kreisparteitages	Rostock	
Sa., 8.12.	10-14 Uhr	Landesmitgliederkonferenz der LINKEN zum Thema Migration	Teterow	Kulturhaus

## Bundesregierung duldet Cum-Ex Raubzüge

Der finanzpolitische Sprecher der LINKEN im Europäischen Parlament, Martin Schirdewan, zu den Enthüllungen der Investigativplattform CORRECTIV über das Ausmaß von Cum-Ex und Cum-Cum Geschäften:

„Der organisierte Steuerraub von Bankern in ganz Europa konnte nur mithilfe von Politikern gelingen, die die kriminellen Machenschaften schweigend mit ansahen.“ Schirdewan, Koordinator der Linksfraction im Europäischen Parlament (GUE/NGL) im Sonderausschuss zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3), weiter:

„Politiker von SPD bis Union haben ihre Wählerinnen und Wähler belogen, indem sie Ausgaben für Bildung, Pflege oder die Infrastruktur mit Verweis auf die Finanzlage des Staates ablehnten, während Großbanken seelenruhig die Staatskassen vieler europäischer Staaten plünderten. Anstatt die Nachbarländer zu warnen, hat die Bundesregierung den Kriminellen in

Nadelstreifen noch die Tür des Fluchtwagens aufgehalten.

Die deutsche Regierung wusste seit 2002 von den Raubzügen der Finanzindustrie Bescheid. Aber erst 2012 wurde ein Gesetz erlassen, dass Cum-Ex Geschäfte für illegal erklärte. Besonders effektiv dürfte dieses jedoch nicht sein, da laut der Rechercheergebnisse diese Geschäfte in Deutschland und im europäischen Ausland weiterhin betrieben werden. Dieser Zustand ist nicht tragbar. Die Bundesregierung muss aus ihrer Apathie gegenüber dem organisierten Steuerraub aufwachen und ihm ein Ende setzen.

Wer in Deutschland Lebensmittel stiehlt, wird dafür belangt. Deswegen ist mehr als überfällig, dass wir in Deutschland ein Un-



[www.die-linke.de/mitgliedwerden](http://www.die-linke.de/mitgliedwerden)

## AG Senioren

Die LAG Senioren trifft sich mit der AG Seniorenpolitik Rostock zur nächsten gemeinsamen Sitzung am 21.11., 09.30 Uhr, im Beratungsraum des KV in der Kröpeliner Str. 24 (Eingang Rungestraße). Diesmal geht es um die Einschätzung der Arbeit des vergangenen Jahres und den Ausblick auf 2019. Der Vorsitzende

des Kreisverbandes Rostock hat sein Kommen zugesagt und wird auf die bevorstehenden Aufgaben orientieren. Unter Berücksichtigung des nicht allzu fernen Jahres-Abschlusses ist ein geselliger Ausklang der Zusammenkunft zu erwarten. Interessierte Mitglieder oder Sympathisanten sind als Gäste willkommen.

*Klaus Röber, LAG Senioren*

# IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: [info@dielinke-rostock.de](mailto:info@dielinke-rostock.de)  
Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: [landkreis-rostock@die-linke-mv.de](mailto:landkreis-rostock@die-linke-mv.de)  
Internet: [www.die-linke-landkreis-rostock.de](http://www.die-linke-landkreis-rostock.de)

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer  
Layout: Carsten Penzlin  
Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)  
E-Mail: [redaktion.klartext@web.de](mailto:redaktion.klartext@web.de)

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock  
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

## LYRIK

### Status

(von Janina Niemann-Rich)

Bilderrahmen teuer  
Inhalt unbezahlbar

### Energiewende

(von Janina Niemann-Rich)

Heizungslufttrocken  
Sehnsucht  
Alltag verbrannt

### Niedrigere Hürde! (von Jürgen Riedel)

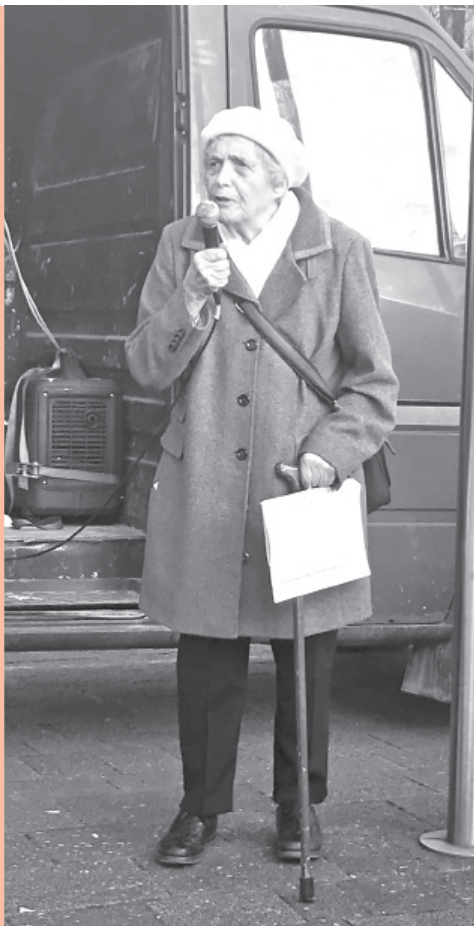
3,2 Prozent für DIE LINKE  
in schluchttiefer bayrischer Finsternis  
sind 3,2 Prozent für Demokratie  
von zugspitzehohem Wert  
3-Prozenthürde muss her:  
helle Maßnahme gegen lobbyistische  
Gleichschaltung der meisten Leitmedien

### Eine kleine Ergänzung zu Wolfgang Bergts Artikel zu den Ereignissen in Lichtenhagen 1992: Denkwürdiges zu 800 Jahren Rostock

Ja, es stimmt, die Staatsmacht, die zuvor kläglich versagt hatte und es nur solchen Menschen, wie Wolfgang Richter zu verdanken war, dass es keine Toten gab, zeigte ihre Macht eine Woche später. (Von der Demo, an der nur 60 Personen teilnahmen wussten wohl viele nichts).

Eine Woche später fand die große Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit von Lichtenhagen bis Lütten Klein statt. Wir warteten zuerst stundenlang auf den Bus mit Gregor Gysi, weil wir seine Teilnahme erzwingen wollten. Uns gegenüber stand eine hochgerüstete Polizistin mit Schild. Wir sagten zu ihr: Eigentlich müsste sie uns vor Gewaltbereiten schützen, denn wir sind in friedlicher Absicht da. Da drehte sie sich doch tatsächlich um.

Als unsere große Demonstration in Lütten Klein ankam, trauten wir unseren Augen und Ohren nicht. Massiver Polizeieinsatz zog gegen uns auf. Hubschrauber landeten auf dem Mittelstreifen der Warnowallee. Polizisten in voller Montur mit Helmen usw. rannten auf uns zu. Man fühlte sich wie im Kriegseinsatz. Wo waren sie eine Woche zuvor? *Johanna Jawinsky*



**Gewinner:** Der Ortsbeirat Hansviertel. Er lehnt es ab, dass am 16.11. die AfD durch den Rostocker Stadtteil marschiert. Der Ortsbeirat erklärt, dass er für eine offene, bunte und vielfältige Gesellschaft steht: „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Menschen verachtende Hetze haben in unserem Ortsteil und darüber hinaus keinen Platz!“ Es ist doch großartig, wenn sich Ortsbeiräte in dieser Weise engagieren.

**Verliererin:** SPD. Älteste, großartigste, sozialste und stolzeste Volkspartei aller Zeiten. Naja. Eigentlich braucht die Demokratie eine starke sozialdemokratische Partei. Aber mit dieser SPD mag man kein Mitleid empfinden. Das Einzige, worauf man sich bei der SPD noch verlassen kann, ist ihre Überheblichkeit und Scheinheiligkeit.

## Monatszitat

„Hinter der Trommel her trotten die Kälber. Das Fell für die Trommel, das liefern sie selber.“ Bertolt Brecht

## Monatszähl

Europäische Steuerzahler sind durch den Cum-Ex-Skandal um 55 Milliarden Euro betrogen worden. Der größte Steuerraub in der Geschichte, sagen einige. Nur die SPD schweigt. Sie wird wissen warum.

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo fand der Landesparteitag der LINKEN M-V statt?
2. Wer wird 2019 Rostocks neuer Oberbürgermeister?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.12.2018**

## Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt: Elmenhorst

